

Sicherheitsdienst und Denunziation in Volkspolen

Sauerland, Karol

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sauerland, K. (2001). Sicherheitsdienst und Denunziation in Volkspolen. *Historical Social Research*, 26(2/3), 153-169.
<https://doi.org/10.12759/hsr.26.2001.2/3.153-169>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sicherheitsdienst und Denunziation in Volkspolen

Karol Sauerland *

Abstract: Using sources from the late 1940s and early 1950s, the article demonstrates how the Soviet NKWD established and developed its Polish equivalent. One main characteristic of this Soviet-type security force (and its surrounding network of other police and army units) was the enormously large number of persons involved. The author focuses mainly on the Führungsoffiziere and analyses - with the help of interviews conducted during the 1990s - their specific and complex role in the system. The second part of the article scrutinises the history of denunciation in Poland from the beginning of the German and Soviet occupation to the present. It stresses the many difficulties of the current Polish society in legally confronting such past injustices committed both by occupants and Poles.

Einleitung

Die Notwendigkeit des Aufbaus eines breit angelegten Sicherheitsdienstes wurde im KGB-Reich (zu diesem Reich gehörten alle jene Staaten, deren Überwachungsapparate nach bolschewistischen Prinzipien eingerichtet waren) damit begründet, daß der Gegner auf hinterlistige Weise die neue Ordnung, die der Sowjets bzw. der Volksdemokratie, bekämpfe. Heute wissen wir, daß es sich um die Errichtung eines Systems handelte, welches den Eindruck der Allgegenwärtigkeit erwecken sollte. Dies war bei der geringen Akzeptanz der neuen Ordnung – im Gegensatz zum ‘Dritten Reich’ – nur durch die große Zahl erreichbar. Es ist ja erstaunlich, daß der Sicherheitsdienst nach dem Sieg über die wirklichen und z.T. gut organisierten Gegner mehr und mehr ausgebaut wurde. Wenn es um Effektivität, d.h. um die Entlarvung tatsächlich aktiver Gegner des Systems gegangen wäre, hätte man in diesem Augenblick den Apparat zahlen-

* Address all communications to Karol Sauerland, Fosa Staromiejska 3, 87-100 Torun, Poland, E-mail: ksauerland@mercury.ci.uw.edu.pl.

mäßig verringern müssen. Aber da das Sowjetsystem über fast keine Selbstregulierungsmechanismen verfügte, wie sie in westlichen Staaten mit dem Markt und den demokratischen Institutionen gegeben sind, verblieb nur die Möglichkeit, alle Abweichungen von den vorgegebenen Ordnungsvorstellungen mittels des Sicherheitsdienstes zu bekämpfen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie an die Stelle von Verhandlungen bei Gegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Sicherheitsdienst mit seinem IM-System trat, ist die folgende Überlegung des polnischen Departementschefs Szymczak im April 1947. Dieser fragte sich, was man gegen die Streiks in großen Betrieben, von deren Vorbereitung man immer zu spät erfahre (an ihren spontanen Ausbruch glaubte er natürlich nicht), unternehmen könne. Auf einer internen Beratung schlug er kurzerhand den Aufbau von 'Agenturen' in den Betrieben vor. "Nehmen wir an", führte er aus, "die Belegschaft bestehe aus 5000 Personen; das bedeute: mindestens 50 Informanten sind notwendig. Wenn es nun mehrere solcher Betriebe in der Umgebung gibt, wie sollen da die hauptamtlichen Mitarbeiter den Überblick behalten", fragte Szymczak weiter, "wenn sie dort nicht verankert sind. Der Sicherheitsdienst muß daher über Hauptamtliche im Betrieb selber verfügen."¹

Der Beginn

Anhand des zugänglichen polnischen Materials aus der Zeit zwischen 1944 und den frühen fünfziger Jahren läßt sich gut verfolgen, wie der NKWD den polnischen Sicherheitsdienst etablierte und ausbaute. Dies geschah anfänglich unter der Leitung von Iwan Aleksandrowitsch Serow (1905-1990), der bereits 1939 nach dem Einmarsch der Sowjettruppen in polnisches Territorium als Staatssicherheitskommissar III. Ranges für polnische Fragen verantwortlich gewesen war. Im Oktober 1941 wurde er Stellvertreter Berijas. Anfang 1944 nahm er an der Deportation der kaukasischen Völker teil. Später leitete er die Absicherung des Hinterlandes der 3. Belorussischen und Baltischen Front; dabei war er für die Vernichtung der AK (Heimatarmee) und anderer polnischer Streitkräfte seit dem 16.7.1944 zuständig.² Im Februar 1945 wurde er schließlich zum offiziell-

¹ Andrzej Paczkowski (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL. Aparat bezpieczeństwa w latach 1944-1956. Taktyka, Strategia, Metody*, [Dokumente zur Geschichte der Polnischen Volksrepublik. Der Sicherheitsapparat in der Zeit 1944-1956. Taktik, Strategie, Methoden], Teil I, Warszawa 1994, S.87.

² Serow war mittlerweile Staatssicherheitskommissar II. Ranges geworden. Vgl. Andrzej Chmielacz, *Likwidacja podziemia polskiego na Nowogródzczyźnie i Wilenszczyźnie (Lipiec 1944-Lipiec 1945)*, [Die Liquidierung des polnischen Untergrunds im Gebiet von Nowogródek und Wilna (Juli 1944-Juli 1945)], in: *Z dziejów Armii Krajowej na Nowogródzczyźnie i Wilenszczyźnie. Studia (1941-1944)*, [Zur Geschichte der Heimatarmee im Gebiet von Nowogródek und Wilna. Studien (1941-1944)], Warszawa 1997, S.172.

len Berater des NKWD beim polnischen Innenministerium ernannt. Im März leitete er die Verhaftung der sechzehn Führer des polnischen Untergrunds, die sich, obwohl sie polnische Bürger waren, im Juni 1945 vor einem Gericht in Moskau verantworten mußten. Am 25. April 1945 wurde Serow als Berater in Volkspolen abberufen, um am 9. Juni Stellvertreter des Obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) zu werden.³ Damit konnte er seine polnischen Erfahrungen weiter nach Westen tragen.⁴

Serow und seinen Nachfolgern Seliwanowski, Dawydow⁵, Lalin und Jewdouchimenko⁶ standen mehrere Hundert Mitarbeiter des NKWD zur Seite.⁷ Bis 1947 fungierten sie sogar auf Kreisebene als Berater. Danach waren sie 'nur noch' höhergestellten Funktionären zugeordnet, um diesen zu zeigen, wie man die Arbeit macht bzw. nicht machen darf. 1957 wurden sie aus Polen abgezogen, d.h. der Beraterapparat verwandelte sich ähnlich wie in der DDR in einen Apparat von Verbindungsoffizieren.

Nach und nach traten nach der Gründung Volkspolens auch Polen im Sicherheitsdienst in Erscheinung. Als erstes wurden die etwa 200 kommunistischen Funktionäre aktiv, die in der Sowjetunion ausgebildet worden waren. Der wichtigste von ihnen war Radkiewicz, der offizieller Chef des neuen Sicherheitsdienstes wurde. In kürzester Zeit war ein Riesenapparat aufgebaut. Es dauerte keine drei Monate, bis die am 22.7.1944 ins Leben gerufene volkspolnische Stasi über 2.500 Angestellte verfügte. Im Dezember stieg die Zahl auf über 3.000. Da es keine wirkliche Trennung zwischen Sicherheitsdienst, Polizei, Gefängnis- und Lagerpersonal sowie Militärpolizei (Wojsko Wewnetrzne – Innerer Armee) gab, sind als eigentliche Zahl 20.000 Personen zu nennen, die an der Wende von 1944/45 in den befreiten vier Wojewodschaften für die Bekämpfung des ehemaligen und neuen Feindes tätig waren. Im späten Früh-

³ Er stand allen geheimdienstlichen Institutionen in der SBZ vor. Vgl. Karl Wilhelm Fricke u. Roger Engelmann, 'Konzentrierte Schläge'. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998, S.64f.

⁴ Vgl. Jan Foitzik, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit, in: Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, S. 24f.

⁵ Sergej Pawlowitsch Dawydow (1905-1958) wurde im Mai 1945 Stellvertreter des NKWD-Beraters im volkspolnischen Sicherheitsdienst, 1946 übernahm er die Funktion des Beraters, von 1950-1952 war er in der DDR tätig. Er war nach Serow der zweite hochstehende sowjetische Funktionär des Sicherheitsdienstes, der seine polnischen Erfahrungen weiter westlich nutzen konnte!

⁶ Vgl. Henryk Dominiczak, *Organy Bezpieczenstwa PRL. 1944-1990*, [Die Organe des Sicherheitsdienstes der Polnischen Volksrepublik 1944-1990], Warszawa 1997, S.39.

⁷ Ausführlich informiert darüber Siergiej Kriwienko, *Dokumenty z 'Teczki specjalnej' Stalina dotyczace dzialalnosci organow NKWD w Polsce w latach 1944-1946*, [Dokumente aus Stalins 'Spezialakte' über die Tätigkeit der NKWD-Organen in Polen von 1944-1946], in: NKWD o Polsce i Polakach. Rekonesans archiwalny, [Der NKWD über Polen und die Polen. Eine Archiverkundung], Warszawa 1996, S.9-42 sowie 85-146.

jahr 1945 beschloß das ZK der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), daß auf je 200 Einwohner ein Funktionär des Innenministeriums zu fallen hat, d.h. es mußten etwa 130.000 Stellen geschaffen werden⁸, was auch geschah. Ende 1948 arbeiteten im Sicherheitsdienst 26.600 (im November 1945 waren es 24.000)⁹, bei der Polizei 42.500, in den Gefängnissen 8.500 und in der Militärpolizei 35.600 Personen. 1953 war das Ganze entsprechend auf 33.200 (Sicherheitsdienst), 47.500 (Polizei), 10.000 (Gefängnispersonal) und 41.000 (Militärpolizei) Personen angewachsen. Der Grenzschutz (32.300) und der Industrieschutz (32.300) waren hinzugekommen.¹⁰ Dabei waren allein zwischen 1944 und 1949 im Sicherheitsdienst 90.000 Personen ausgewechselt worden. 1948 verfügte er über etwa 53.000 IM (darunter 5.000 sogenannte Agenten und 48.000 Informanten).¹¹ Zwischen 1944 und 1956 sind etwa eine Millionen Menschen geworben worden. Jeden Tag waren hundertzehn- bis hundertdreißigtausend aktiv tätig.¹² Die Zahl der zugetragenen Informationen war dementsprechend groß. Im Dezember 1952 gingen in der Sicherheitsdienstbehörde der Wojewodschaft Bialystok allein 3.363 Informationen von geheimen Informatoren ein, in anderen Wojewodschaften waren es bis zu 5.000 pro Monat.¹³ Das war im Grunde genommen nicht auswertbar. Aber das schien auch nicht das Hauptziel gewesen zu sein. Es reichte, wenn sie der Einschüchterung dienten. Der Sicherheitsbeamte konnte aufgrund von IM-Mitteilungen bei seinen informellen Gesprächen oder auch in Verhören den Allwissenden vortäuschen. Es ist so, wie der polnische Sicherheitsoffizier Adam G. Reportern gegenüber bekannte: "Ich zog die Methode vor, alles zu wissen. In Wirklichkeit kannte ich einige Fakten aus dem Leben der betreffenden Person. Wenn einer überzeugt war, ich wisse mehr, erzählte er Details, um nicht reinzufallen."¹⁴

Die große Zahl war also nicht nur für die Stasi charakteristisch, wie man in Deutschland allgemein anzunehmen pflegt, sondern auch für Volkspolen. Dessen letzter Innenminister, General Czeslaw Kiszczak, erklärte in einem Gespräch mit Adam Michnik, ihm hätten 200.000 Personen unterstanden!¹⁵

⁸ Polen zählte 1946 etwa 23,6 Millionen Einwohner. 1950 waren es 25 Millionen.

⁹ Vgl. Paczkowski (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL*, S.16.

¹⁰ Die Zahlenangaben entnehme ich Dominiczak, *Organy Bezpiezenstwa PRL*, S.24 u. S.27.

¹¹ Vgl. das Dokument vom 10.6.1948 in: Paczkowski (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL*, S.79f.

¹² Dominiczak, *Organy Bezpiezenstwa PRL*, S.45.

¹³ Ebenda, S.46. Man könnte viele Angaben dieser Art hinzufügen, so zum Beispiel, daß am 1.1.1953 5,2 Millionen Personen in der Kartothek des Sicherheitsdienstes registriert waren, d.h. über ein Viertel der erwachsenen Polen. Vgl. hierzu Paczkowski (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL*, S.11f.

¹⁴ Jacek Snopkiewicz *Teczki czyli widma Bezpieki*, [Akten oder die Gespenster der Sicherheit], Warszawa 1992, S.166.

¹⁵ Das Gespräch erschien in der *Gazeta Wyborcza* am 3./4.2.2001.

Die Führungsoffiziere

Die deutschen Akten geben uns relativ wenig Auskunft über die Führungsoffiziere, die ja eine besondere Erfindung des sowjetischen Systems darstellen. Wir wissen, wie es Timothy Garton Ash erging, als er in seine Stasi-Akte Einsicht nahm, um die Führungsoffiziere der auf ihn angesetzten IM kennenzulernen und sich ein Bild von ihnen zu machen.¹⁶ Weit kam er dabei nicht. Das Ergebnis seiner Gespräche ähnelt dem, was sich bei Befragungen der Aktiven im Dritten Reich nach dem 'Zusammenbruch' ergab: Sie sind Menschen, wie man sie im Leben antrifft. Die einen sind verschlossen, die anderen offen und freundlich, die einen abweisend, auf den ersten Blick unsympathisch, die anderen für sich einnehmend. Keiner will es gewesen sein.

Mehr scheint man herauszubekommen, wenn den Tätern Anonymität versprochen wird, wie es Barbara Stanislawczyk und Dariusz Wilczak bei ihrer Befragung volkspolnischer Sicherheitsoffiziere getan haben. Ihnen gelang es, einigen von ihnen 1991 und dann noch einmal 1999 Fragen zu stellen und Antworten zu erhalten. Auch hier geben die Sicherheitsoffiziere vor, im Grunde Opfer gewesen zu sein. Sie hätten nie Freizeit gehabt und, da sie niemandem trauen durften, keine Freundschaften gekannt. In ihrer Firma habe jeder jeden denunziert. Man sei selbst seines Lebens nicht sicher gewesen, denn wer absprang, war des Todes. Die Vorgesetzten seien noch ungebildeter gewesen als man selbst. Dieser Kafka habe so Unrecht nicht, sagt einer von ihnen.¹⁷

Aus ihren Schilderungen bekommt man ein recht konkretes Bild davon, wie sie ihre Aufgaben erfüllten und wie es in ihrer Institution zuging. Einer der Offiziere überließ den Fragenden sogar zwei Briefe einer ehemaligen Geliebten von Józef Cyrankiewicz, dem langjährigen Ministerpräsidenten Volkspolens. Als ihr Verhältnis auseinanderbrach, versuchte sie, Cyrankiewicz brieflich zu erreichen und ihn an sein Versprechen zu erinnern, ihr beruflich zu helfen. Ihre Briefe gelangten, erklärt der Führungsoffizier, selbstverständlich nicht in die Hände von Cyrankiewicz, obwohl sie einen davon in einen Blumenstrauß steckte, den sie ihm bei einer Demonstration – wohl zum 1. Mai – schnell überreichte. Wir wußten schon, setzt der Offizier fort, wie wir Briefe als erste zu lesen bekamen. Ihr 'Schutz' sei 'absolut' gewesen. Die Frau wurde in ein Irrenhaus gebracht, wie viele andere, die sich zu 'aufdringlich' benahmen. Sie habe ihm leid getan, erinnert sich der Offizier, aber so sei es nun einmal gewesen!¹⁸

Ein anderer denkt darüber nach, ob er im geheimen Sonderkommando einen abtrünnigen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes 'liquidiert' hätte, wenn dies

¹⁶ Ich meine sein Buch: Die Akte 'Romeo'. Persönliche Geschichte, München 1997.

¹⁷ Barbara Stanislawczyk u. Dariusz Wilczak, *Pajeczyna. Syndrom Bezpieki*, [Spinnennetz. Das Syndrom der Stasi], Warszawa 1999.

¹⁸ Ebenda, S. 26-32.

von ihm verlangt worden wäre, und ist davon überzeugt, er hätte sich einem solchen Auftrag nicht entzogen. Er spricht auch von der Existenz eines Sonder-Sonderkommandos, das für die 'Liquidierung' von Mitgliedern des Sonderkommandos notwendig war.¹⁹

Besonders spannend ist die Geschichte des oppositionellen Intellektuellen und Schriftstellers Pawel Jasienica am Ende der sechziger Jahre. Der Sicherheitsdienst hatte eine junge Frau gefunden, die bereit war, diesen geistvollen und einflußreichen Mann auszuspionieren. Sie wählte sich das Pseudonym 'Ewa'. Zunächst erschien sie bei jeder Lesung Jasienicas und stellte ihm immer wieder Fragen. Bald befreundeten sie sich. Als Jasienica im Frühjahr 1968 während der antisemitischen und antiintellektuellen Kampagne verfolgt wurde, gewährte sie ihm Unterschlupf in ihrer Wohnung. Jasienica wähnte sich bei ihr sicher, während sie beim täglichen Einkauf Nachrichten über ihn und vor allem über seine Kontakte zu anderen Oppositionellen an ihren Führungsoffizier übergab, der diese eiligst an das Zentralkomitee der PVAP (Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) weiterleitete. Der Offizier verhehlt nicht seine Verachtung gegenüber dieser Frau, die Jasienica schließlich geheiratet hatte. Er sieht in ihr eine Ausgeburt von Schlechtigkeit, fügt aber hinzu, er habe sich über jeden Bericht von ihr überaus gefreut, denn auf diese Weise sei sein Ansehen bei den Vorgesetzten gewachsen. Er gibt auch zu, daß der Sicherheitsdienst und 'Ewa' zu Jasienicas frühem Tod 1970 beitrugen.

Später sollte dieser Führungsoffizier erleben, daß ihm seine eigene Frau setzte, seine Vorgesetzten gegen ihn aufstachelte, so daß er am Ende den Dienst quittieren mußte. Er sei sich bis heute nicht im klaren darüber, ob seine Frau nicht auch eine IM war.²⁰

Von den IM haben alle interviewten Führungsoffiziere eine geringe Meinung, - wie überhaupt von allen Menschen. Selbstredend wußten sie, daß sich Menschen nicht gleichen, was für sie hieß, daß jeder anders 'bearbeitet' werden mußte. "Wir hatten es mit menschlichem Material zu tun", erklärt Miroslaw B., "und das ist verschieden. Es verlangt eine individuelle Bearbeitung. Die einen reagieren auf Einschüchterungen, die anderen auf ein gutes Wort. Doch jedes menschliche Material läßt sich bearbeiten. Von dieser Regel gibt es keine Ausnahme. Um einen Menschen zu erkennen, braucht man wenigstens ein Jahr. Hat man diese Zeit nicht, sind drastische Methoden unumgänglich. Aber wir haben sie nur angewandt, wenn es unbedingt notwendig war. Sonst sind wir behutsam vorgegangen. Im ersten Gespräch drehte es sich um alles und nichts, es wurde allgemein gehalten, fast kollegial. Der Vorwand hatte nichts mit dem eigentlichen Zweck zu tun ... Ich versuchte immer, das Gespräch hinauszuziehen, mich auf ein Thema zu konzentrieren und sehr subtil den Eindruck zu erwecken, daß ich mehr weiß, als ich wissen lasse. Ich war thematisch immer

¹⁹ Ebenda, S. 75.

²⁰ Ebenda, S. 45-47.

gut vorbereitet. Wenn ich mich mit einem Künstler traf, las ich Literatur, schaute mir Alben an etc. Diese Arbeit zwang einen dazu, dauernd zu lernen.²¹

Ein anderer Führungsoffizier schildert, wie berufliche Aufsteiger plötzlich und für sie völlig unverständlich auf der Karriereleiter nicht mehr weiterkamen und erst wieder Fuß faßten, nachdem sie sich bereit erklärt hatten, besondere Aufgaben für den Sicherheitsdienst zu erfüllen. Manchmal mußten sie sogar in Autounfälle verwickelt werden, berichtet Kazimierz M. Es ging soweit, daß man ihnen Schuld an einem Tod in die Schuhe schieben konnte.²²

Der Führungsoffizier Józef Z. hatte den Eindruck, in einer Riesenmaschine, einem perpetuum mobile zu arbeiten. Jemand, der diese Maschine nicht in ihrem Inneren kannte, habe keine Vorstellung von ihrer Größe gehabt. "Mir schien es", bekennt Józef M., "daß es neben dem Sicherheitsdienst nichts gab. Die Mehrheit der Gesellschaft war bei uns angestellt bzw. arbeitete für uns. ... Wenn ich auf die Straße ging, dachte ich, jeder könne ein Mitarbeiter sein. Theoretisch kann man sich vorstellen, daß alle für den Sicherheitsdienst tätig sind. Sie denunzieren sich gegenseitig, ohne es zu wissen. Wir hatten dieses Ideal noch nicht erreicht, waren aber auf dem besten Weg dahin."²³

Die Offenheit dieser Führungsoffiziere, deren wahre Namen wir nicht kennen, ist frappierend. Man kann ihnen für diese Offenheit dankbar sein und bei der Lektüre leicht vergessen, daß sie auch selber Bausteine eines mörderischen Systems waren, eines Systems, das nicht nur viele Menschen auf dem Gewissen hat, sondern auch mehrere Generationen in den realsozialistischen Ländern deformierte.

So freizügig sprechen Sicherheitsoffiziere freilich nicht, wenn sie vor Gericht Aussagen machen sollen, wie das bei einigen sogenannten Lustrationsprozessen der Fall war, bei denen auch der Solidarnosc-Führer Walesa und der derzeitige postkommunistische Präsident Kwasniewski 'durchleuchtet' wurden. Während dieser Prozesse taten die Führungsoffiziere so, als könnten sie sich an nichts erinnern, als seien sie in ihrer Tätigkeit einfallslos gewesen. Dabei war das System gerade auf ihren Eifer, im Trüben zu fischen und die verschiedenen unbotmäßigen oder unbotmäßig erscheinenden Personen gegeneinander auszuspielen ('zu zersetzen'), angewiesen.

²¹ Ebenda, S. 16.

²² Ebenda, S. 17.

²³ Ebenda, S. 119.

Verschiedene Denunziationen und der rechtliche Umgang mit ihnen

Bei der Erforschung der neuesten deutschen Geschichte wird vom Denunziantentum im 'Dritten Reich' und im SED-Staat gesprochen. Der Historiker hat es hier mit zwei zeitlich voneinander getrennten Epochen zu tun. In der polnischen Geschichte ist alles viel komplizierter. Man muß eigentlich mit dem Jahr 1939, d.h. mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beginnen, als das Land in zwei etwa gleich große Teile geteilt wurde, in einen von der Wehrmacht und einen von den Sowjettruppen eroberten und besetzten Teil. In beiden Gebieten begannen massenhafte Verfolgungen. Diese gingen nicht ohne Denunziationen ab. In dem von den Deutschen besetzten Teil Polens richteten sich die ersten Aktionen gegen die Gebildeten (man denke an die 'Sonderaktion Krakau', als am 6. November 1939 183 Professoren und andere Universitätsangehörige verhaftet und bis auf einige Ausnahmen in Konzentrationslager gebracht wurden)²⁴ und die Juden, im sowjetisch besetzten Teil vor allem gegen Polen (die als die Pans, d.h. die Adligen galten) und natürlich gegen die Gebildeten, die zumeist Offiziere waren. Der Mord von Katyn ist auch deswegen so tragisch für Polen, weil diese über 20.000 durch Kopfschuß ermordeten Männer zu der Elite des jungen polnischen Staates gehörten. Zugleich wurden über dreihunderttausend Polen nach Sibirien und Kasachstan verschleppt.

Als die Deutschen die Sowjetunion überfielen, veränderte sich für viele Polen die Lage. Sie wurden für die Rote Armee gebraucht. Am 12. August 1941 erließ der Oberste Sowjet ein Dekret über die Entlassung der Polen aus Lagern und Gefängnissen. Die Männer (ich übergehe hier das Problem der Armee des General Anders) durften einer volkspolnischen Armee unter sowjetischem Oberkommando beitreten. Als die Sowjettruppen gen Westen vorrückten und polnisches Gebiet betraten, behandelten sie dieses wie eigenes Territorium. Sie machten sich an die sofortige Vernichtung der polnischen regulären Armeeeinheiten, der AK, meist als Heimatarmee übersetzt, und der sich nach Vorkriegsmustern herausbildenden bzw. bestehenden Ortsverwaltungen.²⁵ Kaum war eine Stadt wie Wilna oder Lemberg durch vereinigte sowjetische und polnische Kräfte befreit, wurden letztere schon entwaffnet und in Lager geschickt.²⁶ Die Bekämpfung der Heimatarmee fiel den Sowjets insofern leicht,

²⁴ Vgl. u.a. Marian Walczak, *Ludzie nauki i nauczyciele polscy podczas II wojny swiatowej. Ksiega strat osobowych*, [Polnische Wissenschaftler und Lehrer während des Zweiten Weltkriegs. Verzeichnis der Personenverluste], Warszawa 1995, S.62f.

²⁵ Die Deutschen hatten die lokale Selbstverwaltung im Wesen so belassen, wie sie in der Zwischenkriegszeit funktionierte.

²⁶ So verhaftete der NKWD am 17. Juli 1944 den Führungsstab der AK von Wilna. Unter den Verhafteten befanden sich der Kommandant des Südostbezirks, Oberst Aleksander Krzyzanowski, und der Delegierte der Londoner Exilregierung, Stefan Federowicz. Vom

als die Polen von der Exilregierung in London den Befehl erhalten hatten, der herannahenden Sowjetarmee zu helfen, die Deutschen zurückzuschlagen, um damit zu beweisen, daß sie keine tatenlosen Wirtsleute bzw. Herren im eigenen Hause sind. In einer bedeutend schwierigeren Lage würden sich, heißt es in dem Befehl, ein Befehlshaber und die ortsansässige polnische Bevölkerung befinden, deren Gebiet einzig mit Hilfe der Russen von den Deutschen befreit worden wäre. Der Befehlshaber der örtlichen polnischen Streitkräfte hatte die Aufgabe, die Militärführer der sowjetischen Armee zu begrüßen und mit ihnen über die nächsten Schritte, vor allem die Errichtung einer Zivilverwaltung, zu beraten. Dazu kam es jedoch nicht, statt dessen wurden die Offiziere und Soldaten entwaffnet und aufgefordert, entweder der Roten Armee oder den ihr unterstellten volkspolnischen Einheiten beizutreten, d.h. von einer Wiedererrichtung der Republik Polen abzulassen. Welche Vasallenrolle die am 22. Juli 1944 von der Sowjetunion eingesetzte volkspolnische Regierung bildete, beweist deren Dekret vom 23. Juli, nach dem alle die Heimatarmee betreffenden Fragen von sowjetischen Militärgerichten, d.h. von NKWD-Gerichten, zu behandeln sind. Machtpolitisch gesehen, hatten die polnischen Kommunisten keine andere Wahl, denn ohne sowjetische Hilfe hätten sie nicht die geringste Chance gehabt, sich auch nur für kurze Zeit zu etablieren. Stalin selber soll den polnischen Kommunisten im Oktober 1944 gesagt haben: "Wenn ich mir eure Arbeit anschau, so würde es euch keine Woche lang geben, gäbe es nicht die Rote Armee."²⁷

Sehr schnell gingen die Angehörigen der Heimatarmee wieder in den Untergrund, doch bekamen sie keine klaren Anweisungen von oben, so daß sich die ehemalige antideutsche Front nicht in eine antisowjetische verwandeln konnte. Es bildeten sich nur verschiedenste Formen der Verteidigung gegen den Terror des NKWD heraus. In diesem ungleichen Krieg stützten sich beide Seiten auf Informanten, denen von der Gegenseite stets Rache drohte. Kriegsgerichte waren an der Tagesordnung, wenn es überhaupt zu irgendwelchen gerichtsartigen Verhandlungen kam. Anfang 1947 war der nationalpolnische Widerstand gebrochen, was nicht verwunderlich ist. Die Führung der Heimatarmee saß seit dem März 1945 im Moskauer Gefängnis²⁸, tausende von Menschen befanden

26.-27. Juli 1944 wurde Lemberg von den AK- und sowjetischen Truppen befreit, und noch am gleichen Tag wurden der Militärstab unter der Führung von Wladyslaw Filipkowski sowie der Delegierte der Londoner Exilregierung, Adam Ostrowski, verhaftet.

²⁷ Vgl. *Protokoly posiedzen Biura Politycznego KC PZPR 1944-1945. Dokumenty do dziejów PRL*, [Protokolle der Sitzungen des Politbüros des ZK der VPAP. Dokumente zur Geschichte der Volksrepublik Polen], H.2, Warszawa 1992, S.28.

²⁸ Die hinterlistige Verhaftung der 16 Anführer des sogenannten Untergrunds, d.h. der eigentlichen Vertretung der polnischen Gesellschaft, erfolgte in der Nacht vom 27. zum 28. März 1945 auf polnischem Boden. Die Verhafteten wurden sofort in die Lubjanka transportiert. Der Moskauer Prozeß fand in der zweiten Junihälfte statt. Die sowjetischen Machthaber demonstrierten damit, daß sie nicht bereit waren, die in Polen vorgefundene politische Ordnung anzuerkennen.

sich in russischen Lagern und in volkspolnischen Gefängnissen, andere hatten aufgegeben, so mancher war zur Gegenseite übergewechselt, deren Informant geworden.²⁹ 1948 klagte der Chef des polnischen Sicherheitsdienstes über die große Zahl der Anwerbungen auf Grund von kompromittierenden Materialien, d.h. es war gelungen, dem IM, wie es in der Stasisprache heißt, entweder Zusammenarbeit mit dem deutschen Okkupanten oder dem inneren Feind, d.h. den Vertretern der Vorkriegsordnung, nachzuweisen und ihn einzuschüchtern.³⁰

Wir haben es kurzum mit mehreren Arten von Denunziation zu tun. Erstens mit der Denunziation an die deutschen Okkupationsbehörden³¹, zweitens mit der Denunziation von polnischen Bürgern an die volkspolnischen und Sowjetbehörden; drittens mit der Denunziation an die sogenannten bürgerlichen Kräfte, d.h. an jene, die sich als Bürger eines souveränen Polens fühlten, dessen Regierung in London residierte.

Im Unterschied zu Deutschland, wo das Recht des 'Dritten Reichs' zu Unrecht erklärt werden mußte, weil es den elementaren Menschenrechten widersprach, wo Denunzianten in den ersten Jahren nach der Kapitulation aufgrund des Artikels II,1 c des Kontrollratsgesetzes Nr.10 angeklagt und verurteilt wurden, stellte die Verurteilung der Denunziationen polnischer Bürger an deutsche Behörden kein rechtliches Problem dar. Die Deutschen waren der Feind. Zusammenarbeit mit ihm bedeutete Verrat. Es bedurfte nur des Willens, ihn aufzudecken und zu bestrafen. Ein Problem war allerdings, daß sich anfänglich sowjetische Kriegsgerichte dieser Dinge annahmen. Vielen erschienen ihre Urteile wie die einer Besatzungsmacht. Sie konnte eo ipso nicht gerecht urteilen. Außerdem waren die Prozesse – auch unter der volkspolnischen juristischen Oberhoheit – nicht öffentlich. Damit mußten sie vielfach den Eindruck von reinen Racheakten erwecken. Zweifel waren ja nicht überprüfbar. Es wurden keine größeren Zusammenhänge aufgedeckt, es wurde nur die betreffende Person im Schnellverfahren als Verräter verurteilt (Wir kennen diese Problematik aus der DDR, die sich rühmte, mit den Nazis aufgeräumt zu haben). In Wirklichkeit wurden bei dieser Gelegenheit auch Anhänger einer demokratischen Ordnung ausgeschaltet³², so mancher ließ sich durch Erpressung auf-

²⁹ Über die Rolle der Informanten bei der Bekämpfung der polnischen Heimatarmee (AK) im ehemaligen Ostpolen durch den NKWD vgl. u.a. Chmielacz, *Likwidacja podziemia polskiego*, S.188-194.

³⁰ Vgl. Paczkowski (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL*, S.86.

³¹ Hier spielt die Denunziation von Juden eine beträchtliche Rolle. Vgl. hierzu den entsprechenden Abschnitt in Karol Sauerland, *Dreißig Silberlinge. Denunziation in Gegenwart und Geschichte*, Berlin 2000, S.65-70.

³² Auf der wissenschaftlichen Konferenz 'Die Vergehen der Richter und Staatsanwälte als Element der kommunistischen Verbrechen in Polen in der Zeit von 1944 bis 1956', die Ende Februar 1999 an der Warschauer Universität stattfand, verwiesen Marek Stojewski und Janusz Wróbel darauf, daß zumeist den politischen Gegnern (zu Unrecht!) vorgeworfen wurde, mit den Deutschen kollaboriert zu haben.

grund seiner 'bürgerlichen Vergangenheit' dienstbar machen. In Volkspolen wurden sogar Leute des antideutschen Widerstands, u.a. ehemalige AK-Offiziere, als Kollaborateure verurteilt und dann zusammen mit NS-Verbrechern in eine Zelle gesperrt, wie etwa Kazimierz Moczarski, der mit Jürgen Stroop, dem Henker des Warschauer Gettos, die Zelle teilte.³³

Die Denunziation von Polen an den NKWD wurde in den ersten Monaten nach dem Sieg über die deutschen Truppen von jenen verfolgt, die sich als Vertreter der rechtmäßigen Ordnung eines souveränen Polens, der Republik Polen, empfanden. Geschriebenes Recht spielte dabei eine geringe Rolle. Die Strafe war aller Wahrscheinlichkeit nach eine Ermessensfrage. So lesen wir in einem Rapport vom 1.3.1945 aus der Wojewodschaft Bialystok, in den letzten Tagen seien acht Personen, die namentlich genannt werden, als Spitzel erschossen worden. Sieben andere hätten 25 Peitschenhiebe bekommen, den fünf Frauen unter ihnen wären die Haare geschoren worden.³⁴ Oft wird von der Liquidierung bestimmter NKWD-Spitzel gesprochen,³⁵ zum Teil handelte es sich im Frühjahr 1945 um gezielte Aktionen kleiner Spezialeinheiten.³⁶ Unter den AK-Dokumenten aus der Wojewodschaft Bialystok befindet sich das Verhörprotokoll eines Denunzianten vom 17.5.1945, der – wie er selbst zugab – für den NKWD Dienste geleistet hatte. Das Verhör dauerte keine zwei Stunden. Nach seinem Schuldbekenntnis und der Mitteilung darüber, was der NKWD demnächst zu tun gedenkt, sowie der Unterschrift unter das Protokoll wurde er "mit List", wie wir lesen, erschossen, d.h. ohne Wissen über seinen bevorstehenden Tod.³⁷ Es war das Kriegsgericht auf der anderen Seite. Zumeist gab es nicht einmal das. In den Instruktionen hieß es zwar, eine Verurteilung dürfe ohne ein 'Spezialgericht' (*Sad Specjalny*)³⁸, das nach dem polnischen

³³ Hierüber berichtet Moczarski in dem auch auf Deutsch 1978 erschienenen und von Andrzej Szczypiorski eingeleiteten Buch: Kazimierz Moczarski, Gespräche mit dem Henker, Düsseldorf 1978. Moczarski war während der Okkupationszeit u.a. für die Verurteilung von polnischen Kollaboranten zuständig. Vgl. hierzu Kazimierz Moczarski, *Zapiski*, [Aufzeichnungen], Warszawa 1990, S.26f.

³⁴ Jerzy Kulak (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL.. Bialostoczczyzna 1944-1945 w dokumentach podziemia i oficjalnych władz*, [Dokumente zur Geschichte Volkspolens. Das Gebiet von Bialystok 1944-1945 in Dokumenten des Untergrunds und der offiziellen Machthaber], Warszawa 1998, S.118f.

³⁵ Vgl. zum Beispiel ebenda, S.100, 116, 118, 131f, 137f.

³⁶ Siehe hierzu u.a. Kazimierz Krajewski u. Tomasz Labuszewski, *Bialostocki Okreg AK-AKO. VII 1944 - VIII 1945*, [Der Kreis Bialystok der AK / Heimatarmee], Warszawa 1997, S.316f.

³⁷ Ebenda, S.141-143. „Mit List“ heißt wahrscheinlich 'aus dem Hinterhalt'.

³⁸ Diese wurden Anfang 1940 ins Leben gerufen und waren gegen Verräter an der polnischen Sache im deutschen Okkupationsgebiet gerichtet. Die Spezialgerichte bestanden jeweils aus drei Personen, eine mußte juristisch ausgebildet sein. Militärspezialgerichte gibt es seit dem Herbst 1941. Etwa 25% der von ihnen behandelten Fälle endeten mit einem Todesurteil. Vgl. hierzu u.a. Tadeusz Dubicki u. Andrzej Sepkowski, 'Afera' Starykonja czyli historia

Vorkriegsrecht und späteren, von der Londoner Regierung genehmigten Vorschriften zu urteilen hat, nicht stattfinden³⁹, aber Anfang 1945 wurden die Befehlshaber der AK-Einheiten ermächtigt, Denunzianten zu liquidieren. Es würde, hieß es, erzieherisch wirken.⁴⁰ Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten endeten erst nach vielen Monaten, als ganze Dörfer von den massiven sowjetischen und volkspolnischen Einheiten in einer Weise pazifiziert worden waren, wie man es aus der Zeit der Einsatztruppen der SS und Gestapo kannte.⁴¹

Eine Atmosphäre des 'rechtlichen' Umgangs mit Denunziantentum und ähnlichen Erscheinungen konnte unter diesen Umständen nicht entstehen. Erschwerend war darüber hinaus der Umstand, daß in nationalen Kategorien gedacht wurde. Deutsche und jene, die die Liste 2 für Volksdeutsche unterschrieben hatten, waren nach dem Gesetz '*O wyłączeniu ze społeczeństwa polskiego wrogich elementów*' ('Über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft') vom 6.5.1945 zu rechtlosen Personen geworden. Volksdeutsche der Liste 3 und 4 wurden nur dann nicht aus der polnischen Gesellschaft ausgeschlossen, wenn sie erklärtermaßen gegen ihren Willen auf diese Listen gekommen waren.⁴² Wenn aber jemand wußte, daß der Betreffende in Wirklichkeit die Liste 3 oder 4 freiwillig unterschrieben oder er während der Okkupation etwas getan hatte, was gegen die polnische nationale Souveränität gerichtet war, sollte er die Sicherheitsbehörden oder den Staatsanwalt für Sonderstrafrecht davon benachrichtigen.⁴³ Der entsprechende Satz des Gesetzes

agenta Gestapo, [Die 'Affäre' Starokonia oder die Geschichte eines Gestapo-Agenten], Warszawa 1998, S.55-60.

³⁹ Siehe beispielsweise die AK-Befehle aus dem Jahr 1944 in: *NKWD o polskim podziemiu. 1944-1948. Konspiracja polska na Nowogródzczyźnie i Grodzieńzczyźnie*, [NKWD über den polnischen Untergrund. 1944-1948], Warszawa 1997, S.217f., 226f. und 236.

⁴⁰ Vgl. hierzu den AK-Befehl vom 25.2.1945 für das Gebiet von Wolkowyski im heutigen Belorußland, in: *NKWD o polskim podziemiu*, S.288f.. Dort heißt es u.a., daß die Befehlshaber der militärischen Einheiten angesichts der Zunahme von Spitzeln im Dienste des Besatzers (gemeint ist der sowjetische) das Recht haben, diese zu liquidieren. Es bringe positive Resultate. Die Liquidierung müsse in absoluter Konspiration erfolgen.

⁴¹ Diesen Vergleich zieht Jerzy Kulak. "Erneut", schreibt er, "wie in der Zeit der deutschen Okkupation, brannten polnische Dörfer, wurden am helllichten Tag Menschen ermordet, ihr Besitz geraubt, Tausende in Lager transportiert." in: Paczkowski (Hg.), *Dokumenty do dziejów PRL*, S.19. (die Übersetzung stammt von mir - K.S.).

⁴² Fälle, wo jemand zwar eine solche Liste unterschrieb, aber Polen half oder an ihrem Widerstand teilnahm, fielen bis zum Dekret vom 28.Juni 1946 unter den Tisch. Dieses Dekret befreite solche Personen von weiterer Verfolgung. Sie erhielten jedoch ihren Besitz nicht zurück. Im November 1998 hat Polens Ombudsmann zum ersten Mal den Fall eines Ehepaars eingeklagt, das die Volksliste zwar unterschrieben, aber für Polen und den polnischen Widerstand viel getan hatte, weswegen es am Ende von der Gestapo verhaftet wurde. Trotzdem bekam es sein Eigentum nicht wieder. Vgl. *Rzeczpospolita* vom 13.11.1998.

⁴³ *Dziennik Ustaw R.P. Nr.17, poz.96, 6.5.1945 (O wyłączeniu ze społeczeństwa polskiego wrogich elementów)*, S.123.

vom 6.5.1945 lautete: "In den Bekanntmachungen fordert das Gericht alle Personen auf, die etwas über eine schädliche Tätigkeit der Einbürgerungswilligen der Listen 3 und 4 der Polnischen Nation gegenüber wissen, das Gericht davon in Kenntnis zu setzen."⁴⁴ Das kam fast einer Pflicht zur Denunziation gleich. Das Gericht hatte gegen die feindlichen 'Elemente' folgendermaßen vorzugehen: Überstellung für unbestimmte Zeit in Isolierungslager, Verpflichtung zu Zwangsarbeit, lebenslanger Verlust der bürgerlichen Rechte und des gesamten Besitzes. Das Gericht konnte auch den Besitz der mit dem Verurteilten zusammenlebenden Angehörigen einziehen.⁴⁵

Eine eindeutige Pflicht zur Denunziation bestand dagegen nach Paragraph 11 des 'Dekretes zum Schutz des Staates' vom 3. November 1944. Wenn eine Person von einer anderen wußte, daß deren Wirken gegen die Volksmacht und die Durchführung der Bodenreform gerichtet war bzw. sein würde, und dieses Wissen den Behörden nicht mitteilte, war sie zu bestrafen. So wurde Maria S. dafür bestraft, den Behörden nicht zugetragen zu haben, daß ein gewisser R. sie zweimal zu überreden suchte, einer illegalen Organisation beizutreten.⁴⁶ Sie fühlte sich nicht schuldig, da sie einen solchen Beitritt abgelehnt hatte. Auch Rechtsanwälte waren verpflichtet, 'konterrevolutionäre Tätigkeiten' ihrer Mandanten weiterzuleiten. Das sei eine "allgemein staatsbürgerliche Pflicht", erklärte der damals führende Jurist Wieslaw Daszkiewicz auf einer Beratung über die Verfassung Volkspolens in der Polnischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1953.⁴⁷

Ein rechtlicher Umgang mit Denunziantentum wurde auch dadurch erschwert, daß die kommunistischen Machthaber sehr schnell jene Personen aus der Justiz entfernten, die eine sogenannte bürgerliche juristische Ausbildung genossen hatten. In einem Schreiben vom 18.10.1946 forderte der Direktor des Kabinetts des Innenministers, Oberst Andrzejewski, die Leiter der Wojewodschaftsabteilungen für innere Angelegenheiten auf, ihm Material über die "eventuelle reaktionäre Tätigkeit" der Staatsanwälte der allgemeinen und der Sondergerichte zuzusenden.⁴⁸ 1950 wurden die meisten juristisch Ausgebildeten durch Leute ersetzt, die, ohne über ein Abitur zu verfügen, im Schnellkursverfahren das geltende Recht oder besser die Durchsetzung des richtigen Klassenstandpunkts ohne die Anwendung komplizierter Gerichtsverfahren erlernt

⁴⁴ Ebenda, S.124. Es handelt sich um den Artikel 13.

⁴⁵ Ebenda. Im Juli 1950 wurden diese Sanktionen aufgehoben.

⁴⁶ Nach Zdzislaw A. Ziemia, *Prawo przeciwko społeczeństwu*, [Recht wider die Gesellschaft], Warszawa 1997, S.312. Er stützt sich auf Roman Bombicki, *AK i WiN przed sądami specjalnymi*, [AK und WiN vor den Sondergerichten], Poznan 1993, S.129.

⁴⁷ Ebd., S.216.

⁴⁸ Vgl. Dominiczak, *Organy Bezpieczeństwa PRL*, S.64.

hatten.⁴⁹ Sie wurden Volksstaatsanwälte bzw. Volksrichter genannt. Rechtskultur wurde damit endgültig zum Fremdwort.

Um so freier konnte das polnische Innenministerium schalten und walten. Seine Aufgabe bestand in den ersten Nachkriegsjahren in der gnadenlosen Niederschlagung jeden Widerstandes gegen das neue Regime. Die Alliierten hatten sich unter der Bedingung, daß freie und geheime Wahlen durchgeführt werden, bereit erklärt, die neue Regierung anzuerkennen. Wenn die Kommunisten auf diese Bedingung eingegangen wären, hätten sie nach den Wahlen abtreten müssen. Um es dazu nicht kommen zu lassen, entschlossen sie sich zum Terror. Im Laufe der Wahlkampagne wurden über 100.000 Mitglieder der Bauernpartei, die besonders stark war, inhaftiert, unter ihnen befanden sich 162 Kandidaten für das Parlament. 150 Funktionäre fanden den Tod. In etwas anderer und doch fast gleicher Weise ging man mit den Sozialisten um, die immerhin als Klassenbrüder galten und in Kürze in die Reihen der neuen Vereinigten Arbeiterpartei aufgenommen werden sollten. Im Gegensatz zur Sowjetischen Besatzungszone, wo KPD und SPD bereits im April 1946 zur SED vereinigt wurden, konnten sich die kommunistischen Machthaber Volkspolens erst im Dezember 1948 zu diesem Schritt entschließen. Nachdem sie die Wahlen am 19.1.1947 mit Hilfe von Terror (während der Wahlkampagne fanden tagtäglich Prozesse statt; es gab keinen Tag, an dem nicht ein Todesurteil gefällt wurde) und Wahlfälschungen gewonnen hatten,⁵⁰ gingen sie zu den nächsten Aktionen über: der Zerschlagung der Bauernpartei, der Auflösung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) durch Pseudovereinigung sowie der Gleichschaltung aller Organisationen. Es gelang jedoch nicht, den Einfluß der Kirche gänzlich einzudämmen. Der Sicherheitsdienst hatte zur Erfüllung dieser Aufgabe einfach zu wenig Zeit. Die Verhaftung des Kardinals Wyszyński erfolgte immerhin erst am 26.9.1953, d.h. ein halbes Jahr nach Stalins Tod am 5.3.1953. Neun Tage vor Wyszyńskis Verhaftung war Chruschtschow Erster Sekretär der KPdSU geworden. Veränderungen traten in Polen erst ein, nachdem die Enthüllungen des führenden, in den Westen geflohenen Sicherheitsbeamten Józef Światło Ende 1954 mehrere Monate lang von Radio Free Europe in polnischer Sprache gesendet wurden.

Nach dem Herbst 1956, als Władysław Gomułka die Parteiführung wieder übernahm, drängten breite Bevölkerungsschichten danach, das Furchtbare, das seit 1944 geschehen war, aufzudecken und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, vor allem diejenigen, die gefoltert hatten. Natürlich wurden auch Denunziationsprozesse angestrengt, doch zumeist ohne Ergebnis, da keine Einsicht in die Akten gestattet wurde. Partei- und Sicherheitsapparat stabilisierten sich

⁴⁹ Die rechtliche Grundlage hierzu bildete das Dekret über die außerordentliche Zulassung zum Richter-, Staatsanwalts- und Notarposten, das den Kandidaten von der Notwendigkeit eines Universitätsstudiums und juristischen Praktikums befreite.

⁵⁰ Von den westlichen Alliierten waren die Wahlen deswegen nicht anerkannt worden.

recht schnell, nachdem die Führer ausgewechselt und einige Täter in Prozessen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zur Rechenschaft gezogen worden waren. Von der alltäglichen Brutalität im Umgang mit dem sogenannten Klassenfeind wurde abgesehen. Aber wenn sich Opposition regte, wurde sie zugeschlagen. Bei den Streiks 1970 fanden in Danzig und Stettin zig Menschen den Tod. Gegen einige noch lebende Schuldige, die es zu dem Massaker haben kommen lassen (unter ihnen der damalige Verteidigungsminister Jaruzelski), ist erst jetzt Anklage erhoben worden, ob und wann ein Urteil gefällt werden wird, ist ungewiß.

Im Augenblick ist es noch nicht möglich, ein Verfahren gegen jemanden anzustrengen, von dem man weiß oder annimmt, daß man durch seine Denunziation zu Schaden gekommen ist. Dagegen scheint es möglich zu sein, gegen Denunzianten an dem NKWD vorzugehen. Ende Mai 1998 teilte die Tageszeitung Rzeczpospolita mit, in Gizycko (Lötzen) finde ein Prozeß gegen Miroslaw Milewski, einen ehemaligen Innenminister Volkspolens, seit 1944 Mitarbeiter des volkspolnischen Sicherheitsdienstes, statt. Ihm wirft der 1918 geborene Czeslaw B. vor, er habe ihn grundlos verhaftet und dem NKWD übergeben. Ein sowjetisches Gericht verurteilte ihn dann zu 20 Jahren Lager. 1957 durfte er nach Polen zurückkehren. Mit 45 Jahren, d.h. 1963, erhielt er eine Rente für Invalidität ersten Grades. Der Prozeß mußte vertagt werden, da der Kläger Czeslaw B. wegen angeschlagener Gesundheit nicht erscheinen konnte.

Man fragt sich natürlich, warum in Polen die Gründung einer Untersuchungsbehörde immer wieder auf Widerstände stieß, die Archive so lange auf ihre Öffnung warten müssen. Alle Versuche, Einsicht in die Akten zu gewähren, scheiterten. 1992 stürzte sogar eine Regierung, als der Sejm beschloß, zu überprüfen, ob die Abgeordneten, Senatoren, Minister und Wojewoden mit dem Sicherheitsdienst zusammengearbeitet haben. In den Jahren, als die Postkommunisten mit der Bauernpartei, einer ehemaligen Blockflötenpartei, regierten, war an das Zustandekommen eines praktikierbaren Gesetzes nicht zu denken. Erst nach dem Wahlsieg der Solidarnosc-Parteien im Herbst 1997 konnte ein entsprechendes Gesetz trotz Veto des postkommunistischen Präsidenten angenommen werden, das am 18.12.1998 in Kraft trat, allerdings aus politisch-taktischen Gründen wieder novelliert wurde. Um eine Zweidrittelmehrheit gegen das Veto des Präsidenten im Parlament zusammenzubekommen, mußte die regierende Koalition der Bauernpartei zusichern, das Gesetz in gewissen Punkten zu ändern. Das geschah nach intensiven Beratungen am 9.4.1999.

Nach diesem Gesetz wird die ehemalige Kommission für die Verfolgung von Naziverbrechen in Polen und an polnischen Staatsbürgern in ein Institut für Nationales Gedächtnis verwandelt, dessen Aufgabe es ist, alle Verbrechen gegen die Menschheit und Verletzungen der Menschenrechte seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bis zum 31.12.1989 zu ermitteln und zu verfolgen. Zu diesem Zweck erhält es alle Vollmachten, die entsprechenden Dokumente oder zumindest ihre Kopien zu sammeln und aufzubewahren, sie den Opfern, den

Untersuchungsorganen und Wissenschaftlern zugänglich zu machen und selber strafrechtlich aktiv zu werden. Im Unterschied zur Gauck-Behörde hat das Institut auch Rechte einer Staatsanwaltschaft. Sie verfolgt nicht nur, wie es die oben genannte Kommission getan hat, Naziverbrechen auf polnischem Territorium und an polnischen Staatsbürgern, sondern auch kommunistische Verbrechen. Dieser neue Typ von Verbrechen wird im Artikel 2 definiert: "Kommunistische Verbrechen sind im Verständnis des vorliegenden Gesetzes Taten, die Funktionäre des kommunistischen Staates durch die Anwendung von Repressalien oder andere Formen der Verletzung von Menschenrechten Einzelnen oder Menschengruppen gegenüber in dem Zeitraum vom 17.9.1939 bis zum 31.12.1989 begangen haben [...]"⁵¹

Kommunistischer Funktionär ist nicht nur einer, der aufgrund seiner öffentlichen Funktion als ein solcher bezeichnet werden kann, sondern auch einer, der den besonderen Schutz des kommunistischen Regimes genoß. Es handelt sich mithin um all die Personen, die aktiv verbrecherisch an der kommunistischen Herrschaft teilnahmen und in jenen Institutionen mitwirkten, die für die Sicherheit des kommunistischen Staates zu sorgen hatten. Im Gesetz werden diese Institutionen einzeln aufgeführt.

Im Unterschied zum deutschen Verfahren muß jeder, der Einsicht in die Akten über sich erhalten will, vorher eidesstattlich erklären, ob er IM war oder nicht, damit nicht der Fall eintritt, daß er herauszubekommen versucht, ob noch Akten vorhanden sind. Wenn sie vernichtet worden sind, könnte er ja behaupten, er sei nie IM gewesen, wenngleich er einer war. Als Opfer kann sich jeder bezeichnen, über den die Sicherheitsorgane Daten zusammengetragen haben. Opfer ist er jedoch nicht mehr, wenn er nach den Schikanen und Verfolgungen Funktionär, Mitarbeiter oder inoffizieller Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurde. Jemand, der seine Tätigkeit als IM aufkündigte, darf sich mit anderen Worten als Opfer bezeichnen, einer, der den umgekehrten Weg einschlug, hat dieses Recht nicht.

Das Gesetz kommt einem doppelten Bedürfnis entgegen: Die Verbrechen des kommunistischen Regimes und deren Täter endlich konkret benennen zu dürfen und ein Bild davon zu erhalten, wie der Sicherheitsdienst im Alltag wirkte. Da der Sicherheitsdienst in den realsozialistischen Staaten flächendeckend gearbeitet hat, möchte man auch wissen, wie es mit der Fläche aussah, auf der man selber gewirkt hat. Mit der Zunahme eines demokratischen Bewußtseins wächst begrifflicherweise das Interesse für das Kleine, Alltägliche und vor allem für die eigene Lebensgeschichte, die, wie sich herausstellt, vielfach manipuliert war. Im Augenblick wird die Behörde etabliert. Sie hat erst Ende 2000 zu arbeiten begonnen. Man kann nur hoffen, daß es, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament ändern werden, es nicht zu einer grundlegenden

⁵¹ *Ustawa z dnia 18 grudnia 1998 o Instytucie Pamięci Narodowej – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu*, in: *Dziennik Ustaw* Nr 155, S.5817.

Veränderung ihrer Aufgaben kommen wird. Die Gegner der Erhellung der jüngsten Vergangenheit durch Akteneinsicht sind einflußreich, zumal sich unter ihnen Adam Michnik befindet, der seine Gazeta Wyborcza dazu nutzt, die Aufdeckung von IM-Tätigkeiten zu bekämpfen.⁵²

⁵² Vgl. hierzu Sauerland, Dreißig Silberlinge, S.300-302.